



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 27. Oktober 2016 im Schulhaus Pisoni in Zuchwil 20.00 – 22.25 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 122, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)

Absolutes Mehr: 62

Gäste: 19

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid, Dieter Ulrich, Irene Meier, Daniela Gerspacher

Kantonsratsfraktion: Fränzi Burkhalter, Fabian Müller, Urs von Lerber

Rechnungsprüfungskommission: -

Fachausschuss: -

Sektionen: Doris Hirt (Biberntal), Edna Baumgartner, Bruno Werdenberg (Dornach), Peter Jordi (Gerlafingen), Marlene Grieder (Wangen)

Geschäftsliste

1. **Eröffnung des Parteitages**
2. **Bestellung des Wahlbüros/Stimmzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 25. August in Olten**
5. **Informationen zur Basiskampagne für die kantonalen Wahlen vom 12. März 2017**
 - ▶ Lukas Uetz, Campaigner der SP Kanton Solothurn
6. **Informationen und Parolenfassung zur nationalen Vorlage vom 27. November 2016**
 - ▶ Volksinitiative vom 16. November 2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»
7. **Nomination Regierungsrat**
 - ▶ Ablauf der Nomination
 - ▶ Vorstellung der Kandidierenden (Stand 30. September 2016)
 - Susanne Schaffner-Hess, Olten (neu)
 - Philipp Hadorn, Gerlafingen (neu)
 - ▶ Die Kandidierenden im Kreuzverhör
 - ▶ Nomination
8. **Varia**

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn, Peter Gomm und die Presse. Bitte unterzeichnet den Wahlvorschlag der SP für die Regierungswahlen vom 12. März 2017 bereits jetzt, ungeachtet wer nominiert wird. Wir brauchen 100 beglaubigte Unterschriften.

Für die Begrüssung der Sektion Zuchwil wird Stefan Hug, Gemeindepräsident von Zuchwil ans Rednerpult gebeten.

Stefan Hug, Gemeindepräsident von Zuchwil

Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten und liebe Gäste. Eure Anwesenheit hier in Zuchwil ehrt uns sehr. Im Namen der Verwaltung, der Behörden und natürlich ganz besonders der SP Zuchwil heisse ich sie herzlich Willkommen. Wir sind eine aktive und innovative Ortspartei. Die zeigt sich z.B. mit dem roten Faden (Sektionsblatt), der aufzeigen soll, dass wie die SP einen Faden oder eine Linie haben. Wir haben ca. 70 Mitglieder, die kaum jünger werden, aber viele noch sehr aktiv sind. Die derzeitige 8-köpfige Gemeinderatsfraktion macht offensichtlich eine gute Arbeit. Und immerhin bin ich der 4. rote Gemeindepräsident von Zuchwil. Die Traktandeliste von heute Abend verspricht eine spannende Versammlung zu werden. Immerhin steht auch eine wichtige interne Personalentscheidung für das Wahljahr 2017 an. Dass diese Entscheidung in Zuchwil getroffen wird, kommt sicher nicht von Ungefähr. Denn Zuchwil hat mindestens zu zwei historische Grössen einen wichtigen Bezug. Es sind dies Tadeusz Kościuszko (polnisch-amerikanischer Freiheitskämpfer) und Paolo Antoniao Pisoni (bekannter Architekt aus Ascona). Beide sind in Zuchwil beigesezt. Der Architekt hat vor 250 Jahren die St. Ursenkathedrale erbaut und immerhin befinden wir uns heute im 100-jährigen Pisonischulhaus. Die Vorzeichen stehen also gut, dass heute bedeutsame Entscheidungen getroffen werden, die von Zuchwil ausgehen und für den ganzen Kanton dereinst bedeutsam sein könnten.

In Zuchwil können wir uns im River Side-Areal über die kantonal grösste Solaranlage erfreuen. Dafür wurde uns an der OLMA der Solarpreis zuteil. Zuchwil hat übrigens auch als erste Solothurnergemeinde das Energiestadtlabel „Gold“ erhalten. Somit wünsche ich der Versammlung gute und zukunftsgerichtete Entscheide. (Applaus)

Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Franziska Roth

Der Lehrer bereitet für den Besuch des Bundesrates in zwei Wochen eine Unterrichtseinheit über Haustiere vor. „Wer von euch kann mir etwas über Haustiere sagen?“, fragt er in die Klasse. Tim meldet sich: „Unsere Katze hat zehn Junge bekommen, 7 CVP und 3 SP.“ Der Lehrer wundert sich, vermutet: „Wahrscheinlich meinst Du 7 Schwarze und zwei Rote? Aber dem bürgerlich dominierten Bundesrat dürfte das aber gefallen.“ Zwei Wochen später. Der Bundesrat ist anwesend, der Lehrer fragt: „Wer von euch kann mir was über Haustiere sagen?“ Tim meldet sich: „Unsere Katze hat zehn Jungen bekommen. Alle SP.“ „Mensch Tim“, sagt der Lehrer, „du hattest doch gesagt 3 von der SP von der Rest CVP.“ „Ja schon“, sagt Tim, „aber in der Zwischenzeit sind den anderen 7 auch die Augen aufgegangen.“

Liebe Genossinnen und Genossen

So einige Augen sind letzten Sonntag in der Schweiz auch aufgegangen und wiederum andere sind grösser geworden. So wurden wir Roten und die Grünen zwar nicht gerade totgesagt, aber schlecht geredet. Parteipräsidenten aller anderen Couleurs

haben bis zu $\frac{3}{4}$ ihrer Texte dem Niedergang der Linken gewidmet. Z.B. hat Gerhard Pfister vor ein paar Tagen einen präsidentalen Text zu Göläs lächerlichem Interview verfasst. Er stellte am Anfang seines Statements die Frage: **was antwortet die CVP einem so kritischen Zeitgenossen?** Dabei argumentiert er genau mit denselben Floskeln wie Gölä, nur verpackt er sie Windfahnen-tauglicher. Er skizziert die Lage ungefähr so: Die meisten Interviews von Politikern würden von Kommunikationsabteilungen so zurecht geschliffen, dass sie nirgends anecken. Gölä hätte sein Interview im Sonntagsblick wohl kaum gegengelesen, und das mache ihn authentisch. Inhaltlich betrachtet seien seine Statements dann halt tatsächlich die Bestätigung, dass auch in der Schweiz die Linke nicht mehr die Partei der Arbeiter ist. Die Rhetorik jeweils am 1. Mai ist bloss Fassade. $\frac{3}{4}$ seines Textes lässt Pfister sich über uns Rote aus und spielt wie Gölä, völlig abstrus und populistisch die Akademiker der SP gegen die Handwerker der SVP aus. Als Präsident schafft er es doch tatsächlich, dass außer dem Satz "Die CVP hingegen will, dass der Mittelstand, die Arbeiter, selbstverständlich auch Gölä, sie alle ihre wohlverdiente Rente erhalten" kein einziges politisches Statement, keine konkrete Forderung und nicht einmal im Ansatz einen Lösungsansatz formuliert. Mit genau solchen farblosen Texten kann er weiterhin bei der USR III den Reichen den roten Teppich ausrollen und sich dann bei Arbeitnehmern entschuldigen, weil man aufgrund der massiven Verluste den Sparhebel bei Gesundheit, Bildung und Renten ansetzen muss.



Nach der letzten Session in Bern hat es sich gezeigt: Der Schweiz mangelt es an Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Wie um Himmelswillen können die Bürgerlichen wirklich noch in den Spiegel schauen?? Abschaffung Kinderrente, Frauenrentenalter 65 und das bei immer noch bis zu 40% Lohndiskriminierung, automatische Erhöhung des Rentenalters...und ein paar Tage vorher gewährten sie Steuerhinterziehern für eine Selbstanzeige neben Straffreiheit auch noch Rabatt auf ihre Nachsteuern. Das soll Politik für den normalen Buezer sein? NEIN!! Das ist Politik für den Geldadel!! Wenn es um den Schutz der Reichen und um das Sparen bei den Lohnausweisen geht wird im NR nicht einmal mehr wirklich diskutieren, sie stimmen einfach ab. Steuergeschenke für Reiche,

Millionen für die grossen Landwirtschaftsbetriebe, das Militär oder die Strassen. Die arrogante Überheblichkeit der rechtsbürgerlichen Kräfte ist nicht nur bei den Debatten im Bundeshaus zu spüren, sie stellen sie liebend gerne auch in den Medien zur Schau. Mit Halbwahrheiten und Versprechungen, die in den Wirtschaftsverbänden noch nicht im Ansatz diskutiert sind sekundieren lokale Wirtschaftsbesse den Reichen, indem sie das bei der USR III das Fuder so überladen belassen wollen, dass diejenigen die den Karren ziehen daran zerbrechen weil ihre Renten, die gute Bildung und ihre Gesundheit aufgrund der Steuerausfälle gekürzt werden. Seit den Eidgenössischen Wahlen letztes Jahr haben viele das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft verloren. Genau jene Eigenschaften, die sie sonst gerne unter dem «Erfolgsmodell Schweiz» aufzählen. Die Schweiz als das Land der Verteilergerechtigkeit, des Konsenses, des Einbezugs aller möglichen Kräfte verraten sie mit jedem Knopfdruck und jedem Interview zu Gunsten derer, die bei den kleinsten Problemen damit drohen die Schweiz zu verlassen.

Im Moment bestimmen Eigennutz, Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Geschehnisse in unserer Politik. Das ist nicht der Weg der SP. Die SP ist die Kraft, die mit ihren Antworten auf politische Fragen eine Richtungsänderung antreibt. Ja, am letzten Sonntag haben sich viele die Augen gerieben! St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Schaffhausen, Luzern, Basel und Aargau. Mit einer starken Mobilisierung mit klaren Forderungen besetzt die Linke Themen und mit hervorragenden Köpfen Sitze. Das wollen wir im Kanton Solothurn auch! Wir Roten im Kanton Solothurn sind bereit dafür! Wir lassen uns den Humor nicht nehmen, trotz unanständigen Forderungen und Angstmacherei lassen wir uns auf die Diskussion ein und geben mit schlaun, gezielten Argumenten Gegensteuer! Wir schlagen sie mit ihren eigenen Waffen! Die Sozialdemokratische Partei geht ihren Weg für einen starken, gerechten und solidarischen Kanton Solothurn. Auso, avanti popolo alla ricossa! (Applaus)

2. Bestellung Wahlbüro / StimmzählerInnen

Wasseramt-Bucheggberg:	Thomas Flückiger, Gerlafingen
Dorneck-Thierstein:	Karin Kälin, Rodersdorf
Solothurn-Lebern:	Philipp Jenni, Solothurn
Thal-Gäu:	Fritz Dietiker, Balsthal
Olten-Gösgen:	Andrea Bolliger, Dulliken

Beschluss: Die Stimmzähler (gleichzeitig das Wahlbüro) werden einstimmig gewählt

Als Präsident wird Thomas Flückiger vorgeschlagen:

Beschluss: Als Präsident wird Thomas Flückiger einstimmig gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung Protokoll

25. August 2016 in Olten

Beschluss: das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

5. Informationen zur Basiskampagne für die kantonalen Wahlen vom 12. März 2017

Franziska Roth: Liebe Genossinnen und Genossen, die SP-Gewinne bei vergangenen Wahlen in Städten und Kantonen liessen wohl manche einer erstaunen. Ich weiss noch bei den nationalen Wahlen 2015 war ich skeptisch gegenüber der Basiskampagne. Im Nachhinein muss ich sagen, es hat nicht nur Spass gemacht, sondern ich bin heute von dieser Kampagne felsenfest überzeugt. Denn ohne Basiskampagne hätten wir kantonal nicht 1,7% zugelegt und unsere 2 Nationalratssitze halten können, dies trotz 1 kantonalen Mandatsverlust von 7 auf 6.

Die GL hat zu Basiskampagne gutgeheissen und das dafür notwendige Budget genehmigt. So haben wir die Stelle ausgeschrieben und einen Campaigner gesucht. In der Person von Lukas Uetz wurden wir fündig. Er hat seine Arbeit aufgenommen und ist bereits in Kampagnenfieber.

Franziska Roth erteilt Lukas Uetz das Wort:

Lukas Uetz: Vor 10 Jahren habe ich zum 1. Mal an einer politischen Versammlung der JUSO teilgenommen. Da hat mir ein erfahrener Politiker gesagt: 'weisst du Lukas, es wird nicht immer so weitergehen, irgendwann haben die Bürgerlichen ihren Zenit erreicht und es wird eine Trendwende geben. Die Menschen da draussen werden merken, dass ihre Politik auf lange Frist gar nicht funktionieren wird.'



Diese Aussage hat mich die letzten 10 Jahre immer begleitet. Und ehrlich gesagt hab' ich das Gefühl, dass dies jetzt der Fall ist. Die SPS hat diverse Wahlen gewonnen und 1'500 Mitglieder mehr Mitglieder als vor einem Jahr. In Aargau konnte die SP 5 Sitze und in Basel 1 Sitz auf hohem Niveau zulegen. In Basel hat die SP mit 10% aller Wählerinnen

und Wähler telefoniert. Fakt ist, dass überall wo eine Basiskampagne durchgeführt wurde, die Wahlen gewonnen wurden. Dies schliesst darauf, dass dieses Kampagnenelement sehr effizient ist. Wir denken, dass es keine Partei gibt, die auf eine derart grosse Datenbank mit Sympathisierenden zurückgreifen kann wie die SP. Deshalb, bitte helft mit bei der Basiskampagne, bei der wir unseren Sympathisierenden anrufen und sie auffordern für die SP wählen zu gehen oder zumindest an den Wahlen teilzunehmen. Stefan Hug hat einleitend gesagt, heute würden in diesem denkwürdigen Haus richtungsweisende Entscheide getroffen. Richtungsweisend wird auch sein, wie viele Personen bei der Basiskampagne mitmachen. Wir haben im Kanton Solothurn 1900 Mitglieder. Damit wir unser Ziel erreichen, müsste im Durchschnitt jedes Mitglied nur 3 Anrufe tätigen damit alle erreichen die wir wollen. Bitte meldet Euch an! Bereits durfte ich 45 Kandidierende für den Kantonsrat persönlich treffen, wovon praktisch alle an einem Strick ziehen. Im Januar telefonieren wir allen Mitgliedern und im Februar und März den Wählerinnen und Wähler. Auf den Tischen gibt es die Anmeldeformulare und ich danke schon jetzt für eure Mithilfe. Mir ist es übrigens eine grosse Ehre für SP arbeiten zu dürfen. Für Fragen stehe ich zur Verfügung. (Applaus)

6. Information und Parolenfassung zur nationalen Vorlage vom 27. November 2016

- ▶ **Volksinitiative vom 16. November 2012 "Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)"**

Angela Kummer, Kantonsrätin aus Grenchen



Guten Abend liebe Genossinnen und Genossen. Es geht am 27. November nur um 1 Abstimmung, dafür ist sie umso wichtiger. Um was geht es: Die Initiative wurde Ende 2012 von der grünen Partei eingereicht. Ausschlaggebend war die grosse Katastrophe von Fukushima. Die damals entstandene Ausstiegseuphorie ist jedoch bereits wieder abgeflacht, so dass es schwierig sein wird, für die Vorlage ein Volks- und Ständemehr zu erhalten. Die SP hat die Initiative von Anfang an unterstützt. Die Initiative verlangt 1. ein Bau- und Betriebsverbot von weiteren Atomkraftwerken und 2. eine Laufzeit von

maximal 45 Jahren aller bestehenden Werke. Sollte ein sichererer Betrieb nicht mehr möglich sein, müssten die Werke auch schon früher vom Netz genommen werden. Die Initiative beruht auf drei Pfeilern: 1. Einsparungen, 2. Energieeffizienz und 3. Förderung von erneuerbaren Energien. Worum geht es der SP: Atomstrom ist der teuerste Strom. Die laufenden Werke werden defizitär geführt. Die Schweiz leistet sich die ältesten Atomkraftwerke, dies ist ein hohes Sicherheitsrisiko und muss eliminiert werden (Beznau 1 ist das älteste AKW der Welt). Das Risiko nimmt mit jedem Jahr zu. Hinzu kommt das ungelöste Problem mit den Abfällen, ebenfalls ein riesiges Sicherheitsrisiko.

National- und Ständerat haben die Energiestrategie 2050 verabschiedet. Einen geordneten Atomausstieg kommt dieser Strategie entgegen, geht etwas weiter und schafft sowohl Planungs- als auch Investitionssicherheit. Die auf diesem Weg machbare Energiewende schafft Arbeitsplätze und verhindert eine Stromlücke. In diesem Zusammenhang werden von den Gegnern sehr viele Unwahrheiten verbreitet. Deshalb, man informiere sich gut, überlege nüchtern, vernünftig, zukunftsgerichtet und dann kommt man Schluss, dass diese Initiative die richtige Antwort ist – nämlich der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie. Ich danke für eure Unterstützung und hoffe, dass die SP die JA-Parole beschliesst. (Applaus)

Diskussion: keine Wortmeldungen

Antrag Geschäftsleitung:

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt den Delegierten die JA-Parole zur Volksinitiative Für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung bei einer Gegenstimme zu und beschliesst die JA-Parole. (Applaus)

7. Nomination Regierungsrat

- ▶ Ablauf der Nomination
- ▶ Vorstellung der Kandidierenden
- ▶ Die Kandidierenden im Kreuzverhör
- ▶ Nomination

Wortbegehren zum Ablauf

Ruedi Bürki (Gerlafingen):

Ich bin immer noch der Meinung, dass es ein Fehlentscheid war, dass die SP lediglich mit 1 Kandidatur an den Regierungsratswahlen vom März 2017 teilnimmt. Seit 40 Jahren bin ich in dieser Partei, seit 40 Jahren kämpfen wir bei jeder Wahl mit zwei Kandidaturen für 2 Sitze und diesen Geist vermisse ich. Ich weiss aber auch, dass der Entscheid nur mit 1 Person in den Ring zu steigen für den freiwerdenden Sitz von Peter Gomm bereits im August demokratisch gefällt wurde. Aber trotzdem finde ich, man müsste darüber nochmals diskutieren. In der Zwischenzeit sind zwei Sachen passiert, welche die Ausgangslage anders aussehen lassen als damals: 1. Die Kandidatur der Grünen und 2. die jüngsten SP-Erfolge bei kantonalen Wahlen. In diesem Moment geht die SP auf Nummer sicher und tritt mit 1 Person an. So sicher ist diese Wahl dann auch nicht wieder, denn man kann nur einen Namen aus SP-Sicht aufschreiben, nicht zwei.

Mir ist auch bewusst, dass ich keinen Antrag mehr stellen kann, die Frist habe ich verpasst. Aber trotzdem denke ich, man müsste auf diesen Beschluss zurückkommen. Danke.

Marc Häsler (Stüsslingen):

Den Vergleich mit dem Kanton Aargau ist nicht korrekt. Der bisherige SP Regierungsrat Urs Hofmann ist ein sehr beliebter Regierungsrat und trat zur Erneuerungswahl an. Er hat das beste Resultat erhalten und ist im 1. Wahlgang wiedergewählt worden. Die 2-er Kandidatur mit Yvonne Feri ist deshalb folgerichtig. Unser Entscheid wurde im August demokratisch gefällt und ich erachte es falsch, diesen jetzt umzustossen. Danke. (Applaus)

Franziska Roth: Von den Sektionen wurden folgende Personen zH. Der kantonalen Delegierten für die Regierungsratswahlen nominiert.

Sektion Gerlafingen: Philipp Hadorn, Nationalrat
Sektion Olten: Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin

Gibt es Saalkandidaturen? KEINE

Die von den Sektionen Nominierten stellen sich vor:

Susanne Schaffner, Kantonsrätin aus Olten

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich gebe es zu, im Bewerben habe ich praktisch keine Erfahrung. Zur Vorbereitung von heute habe ich deshalb ganz eifrig die Duelle zwischen Hillary Clinton und Donald Trump verfolgt. Ich hab' mir an ihnen kein Beispiel genommen, sonst trüge ich jetzt einen Hosenanzug und ich werde heute jedes Resultat akzeptieren.

Regierungsrat ist ein Amt, in dem ich Erfahrungen einbringen könnte, die ich in den letzten Jahren auf beruflicher, politischer Ebene, aber auch im Privaten machen durfte. Unsere beiden Kinder halten mir regelmässig den Spiegel vor den Kopf – das ist gut so. Was die Bevölkerung beschäftigt und beängstigt, hat viel mit den Bedürfnissen von Chancen und Gerechtigkeit jedes Einzelnen zu tun. Was nützen uns Steuergeschenke, wenn bei 2/3 der Menschen jedes Jahr das Budget kleiner wird, weil die Krankenkassenprämien steigen. Was nützen uns Steuergeschenke an Unternehmen, wenn kleine mittlere Einkommen diese Lasten tragen müssen. Als Anwältin bin ich es gewohnt Verantwortung zu übernehmen, die Interessen der Klientinnen und Klienten best möglichst zu wahren, Strategien zu entwickeln und Lösungen zu suchen. Die Nöte von Familien, Arbeitnehmenden, Rentnerinnen und Rentner, Alleinstehenden sehe ich täglich. Nach einer langen Krankheit die Arbeitsstelle zu verlieren und dann mit 50 Jahren eine neue Stelle suchen zu müssen, ist oft einen langen und schwierigeren Weg. Als Inhaberin eines KMU's, bin ich Arbeitgeberin und weiss wie wichtig es ist, gut ausgebildetes und verlässliches Personal zu haben.

Als Regierungsrätin führt man ein Departement. Eine Verwaltung kann nur funktionieren, wenn alle mitziehen, motiviert sind, in ihrem Bereich Verantwortung übernehmen und wissen welches Ziel sie erreichen müssen. Als Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission, welche ich vier Jahre präsidieren durfte, setze ich mich seit Jahren für die sozialdemokratischen Anliegen ein. Mein Ziel ist, mit den vorhandenen finanziellen Möglichkeiten das Beste daraus zu machen. Gerade in finanziellen Fragen braucht es

Koalitionen, damit wir Mehrheiten für unsere Anliegen erhalten. Ein Beispiel: Als Präsidentin der FIKO, dies war übrigens eine der schönsten Aufgaben, hat die Kommission nie Steuersenkungen beschlossen, dies im Gegensatz zum Parlament. Heute weiss man, dass dies keine guten Entscheidungen waren. Mittlererweile wurden diese auch wieder rückgängig gemacht.

Als Kantonsratspräsidentin im Jahr 2013 bin ich im ganzen Kanton Solothurn herumgekommen. Ich durfte erleben, gemeinsam mit der damaligen Landammann Esther Gassler, dass die Bevölkerung stolz ist auf die politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten. Es ist eindrücklich wie sich Frauen und Männer uneigennützig in Vereinen und Organisationen für unsere Gemeinschaft einsetzen und damit aufzeigen, was Verantwortung bedeutet.



Als Regierungsrätin vertritt man den Kanton auch gegen aussen, eine wichtige Funktion. Davon hängt auch die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen ab. Ich hab' grossen Respekt in der Öffentlichkeit zu stehen. Sicher ist dies einen Teil eines solchen Amtes der ungewohnt ist und man als "Neue oder Neuer" Erfahrungen sammeln muss und darf. Seit 20 Jahren bin ich mit Leib und Seele Anwältin. Mein Plan bestand auch nicht darin diesen Beruf aufzugeben. Das Amt als Regierungsrätin vereint jedoch meine bisherigen beruflichen und politischen Tätigkeiten ideal. Dies wäre in der Tat sehr spannend. In diesem Sinn stehe ich bereit mich diesem Wahlkampf zu stellen und hoffentlich als gewählte Regierungsrätin mich für diesen Kanton und die Bevölkerung einzusetzen darf. Dafür nehme ich in Kauf, dass ich nach vier Jahren im Amt eventuell acht Jahre aussehen werde...

Gerne stele ich mich als Regierungsratskandidatin zur Verfügung und ich freue mich für eure Unterstützung (Applaus)

Philipp Hadorn, Nationalrat aus Gerlafingen

Geschätzte Genossinnen und Genossen. *Unorthodoxe erfolgsverwöhnter Genosse auf Egotrip*, hat der Chefredaktor der Solothurner Zeitung am 13. August 2016 geschrieben. *Philipp Hadorn entzweit mit Antrag auf eine Zweierkandidatur die Sozialdemokraten*, dies am Tag darauf. *Linke haben keinen Anspruch auf einen 2. Sitz*. Auch in der SZ. Einmal zu religiös, dann zu links und dann doch wieder wertkonservativ. Das ist die Kampagne der bürgerlichen Presse gegen mich in 1 Woche! Mein Profil ist seit Jahren immer gleich: klar gewerkschaftlich, klar christlich, klar sozial.



Wie kam es zu meiner Kandidatur. Im Juni 2016 kam eine offizielle Anfrage vom Präsidium (Anm. Hardy Jäggi) des SP-Bezirks Wasseramt, ob ich mich als Kandidat für die RR-Wahlen zur Verfügung stellen würde. Am 21. Juni habe ich dann den Vorstand der SP Gerlafingen informiert, am 29. Juni die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn und mitgeteilt, ich werde mir über die Sommerferien eine Kandidatur überlegen. Einige Tage später habe ich mit der kantonalen Parteipräsidentin, Franziska Roth ein Gespräch geführt. Sie hat mir gesagt, mehrere Kandidierende würden die Wahlen beleben und ermutigte mich dazu. Während den Sommerferien führte ich weitere Gespräche innerhalb der Familie, mit politischen Freunden aus verschiedenen Kantonen und in der Gewerkschaftsbewegung. Nach den Sommerferien führte ich erneut ein Gespräch mit Franziska Roth. Ich hab' sie auch gefragt, ob für sie eine Kandidatur auch in Frage käme. Sie hat mich wiederholt ermutigt, dran zu bleiben. So habe ich der SP Gerlafingen, SP Wasseramt, der SP Kantonalpartei und einen Tag darauf den Medien mitgeteilt, dass ich gerne kandidieren möchte. Am 22. August hat mich die Sektion nominiert, am 25. August hat die Kantonalpartei das Einerticket beschlossen, am 20. September hat dann noch die Amteipartei BU-WA ihre Nominationsversammlung durchgeführt und heute stehe ich nun da, für eine interne Ausmarchung. Nichts von Egotrip. Sorgfältige Prüfung, Meinungen von Dritten eingeholt und abgewogen. Jetzt stelle ich mich dieser innerparteilichen, demokratischen Nomination. Alles in Absprache mit allen Gremien.

Im Kanton Solothurn hat niemand Anspruch auf 2 Regierungssitze. Wenn aber jemand, dann die Linke. Die FDP tritt mit einer rechtspopulistischen Frau zu Wahl an, die SVP mit einem Querulanten und die CVP prägt den Sparkurs. Die Linke muss im Kanton Solothurn wieder eine selbstbewusste Politik machen, für die stehe ich ein. Am vergangenen Wochenende haben wir es gehört und gesehen (Aargau und Basel), es zahlt sich aus. Wir haben stagnierende Löhne, Kinder sind eine Armutsfalle, wir haben Working-poops, wir erleben einen Angriff auf den Service public usw. Wir erleben zurzeit ein Staatsbashing und Sparprogramme, das kaum zum Aushalten ist.

Was bringe ich mit: eine KV-Lehre, ein JUS-Studium, eine Weiterbildung zum Marketinganalytiker und eine MPO-Ausbildung. Seit 15 Jahren arbeite ich als leitender Gewerkschaftssekretär. Bin Mitglied in Menschenrechtsorganisationen und hab' Erfahrung mit sozialen Institutionen. Prägt haben mich nicht unbedingt diese Stationen, sondern eher die Bewegung gegen AKW als 11-jähriger, den Auszug als 18-jähriger aus dem Elternhaus. Von diesem Moment an habe ich meinen Lebensunterhalt selbst bestritten. Aber auch den Rausschmiss aus der Kantonsschule, 1 Jahr vor dem Abschluss der Matur, welche ich dann mühsam nachholen musste, den mehrmonatigen Gefängnisaufenthalt infolge Militärdienstverweigerung, die Arbeit mit Asylsuchenden in Olten, eine grosse Gehirnoperation bei einem meiner Kinder, Ungerechtigkeiten, Fremdenfeindlichkeit usw. - haben mich sehr geprägt. Unzähligen Asylsuchenden konnte ich zu einem Bleiberecht helfen. Als Gewerkschafter habe ich auch zahlreiche kollektive Verhandlungen geführt, aber auch für Einzelpersonen. In Leitungsfunktionen von NGO's, Asylzentren, dem Blauen Kreuz, Menschenrechtsorganisationen konnte ich wertvolle Erfahrungen sammeln, sowohl in strategischer Hinsicht, als auch in Operativer. Ich hab' von suchtkranken Menschen und solchen mit einer Behinderung gelernt, dass man Veränderungen hervorbringen kann. Als Politiker versuche ich den gesetzlichen Rahmen zu setzen, damit Entfaltung und Entwicklung für die Menschen möglich werden und die dafür notwendige Unterstützung angeboten wird. Betroffen von Erlebtem, geprägt von Erfahrungen, gewillt unseren Kanton mitgestalten, stehe ich hier.

Meine Ziele als Regierungsrat: Strukturen in der kantonalen Verwaltung, Effizienz, Kundentreue, Leistungsfähigkeit, Leistungs- und Kostenbewusstsein – dies alles muss sichtbar gemacht werden. Die Verwaltungsmitarbeit muss gefordert, aber auch gefördert werden. Akzeptanz und Anerkennung für die wichtigen Aufgaben des Staates für Mensch, Wirtschaft und Kultur soll man wieder anerkennen. Bereitschaft für Investitionen in Bildung, Sicherheit, öffentlichen Verkehr, Umweltschutz, Steuergerechtigkeit, aktive Entlastung für Familien, eine aktive Wirtschaftspolitik mit sicherem Auskommen für die Menschen – dies alles in enger Zusammenarbeit mit unserer Fraktion und über die Parteien hinweg. Ich mag Menschen und mit meiner Führungserfahrung glaube ich für ein Exekutivamt bereit zu sein. Meine Kandidatur richtet sich weder gegen die Frauen, noch gegen Susanne. Übrigens, sollte ich nominiert und dann gewählt werden, steigt nämlich der Frauenanteil im Nationalrat mit dem Nachrücken von Franziska Roth.

Mein Motto: in der Sache hart, im Umgang smart. An einem engagierten Wahlkampf hätte ich den Plausch. Meine Familie, die Gewerkschaften, meine Sektion, diverse Organisationen unterstützen mich. Die Bevölkerung hat meine konsequente Haltung honoriert, denn bei der Wiederwahl ist mein Resultat um 42% gegenüber 2011 gestiegen. Und ich bin sicher, mindestens 1 linkes Regierungsmitglied will die Solothurner Bevölkerung. Ich bin parat, freue mich wenn ihr mir das Vertrauen schenkt und mich losschickt. Vielen Dank (Applaus).

Franziska Roth dankt schon jetzt Evelyn Borer (Ehemalige Parteipräsidentin und Kantonsrätin aus Dornach) für die Leitung des folgenden Kreuzverhörs zwischen den Kandidierenden.

Evelyn Borer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal in Zuchwil. Die beiden Kandidaten Susanne Schaffner und Philipp Hadorn haben sich in wortgewandten Statements vorgestellt und ihre Ziele und Beweggründe dargelegt. Trotzdem wollen wir das eine oder andere noch genauer wissen. Ich werde nun einige Fragen an die Beiden richten, wobei das nicht nur eine Frage-Antwort-Spiel, sondern auch eine Diskussion untereinander werden soll.

Wir werden diese kleine Runde dann auch für Fragen und Stellungnahmen für sie als Teilnehmende und Wahlberechtigte bei der Kandidatennomination öffnen.

Ihr habt in euren "Bewerbungsreferaten" eure Beweggründe für die Mitarbeit im Regierungsrat dargelegt.

Trotzdem dazu noch eine Frage zu den Beweggründen. Seit 20 Jahren haben wir das Gleichstellungsgesetz, gleicher Lohn für Mann und Frau usw. Susanne, du als Anwältin hast sicher Erfahrung in solchen Fragen?

Susanne: Gleichstellung ist nicht mein Gebiet, sondern jenes meiner Büropartnerin.

Philipp: Für mich ist dies sehr wohl ein Thema. Vor über 10 Jahren haben wir versucht im «Lohngleichheitsdialog» mitzumachen. In unserem Organisationsbereich hatten wir zwei grosse Unternehmungen. Bei immerhin 6 Gesamtarbeitsverträgen im öffentlichen Verkehr haben 2 grosse Unternehmen mitgemacht. Aber das Terrain ist nicht einfach und es zeichnet sich ab, dass man den Ton verschärfen muss.

Evelyn: vorausgesetzt ihr werdet in die Regierung gewählt, da stehen grosse Forderungen im Raum, auch seitens der SP. Auf der anderen Seite seid ihr in einem Kollegium, steht den Forderungen der Departemente gegenüber. Wie geht ihr mit solchen Situationen/Niederlagen um?

Philipp: Als linker Nationalrat bin ich es mir gewohnt mehrheitlich auf der Verliererseite zu sein. Aber für Veränderungen braucht man Energie, immer wieder.

Susanne: auch als Anwältin gewinnt man nicht immer, auch als gute Anwältin nicht, wobei die Verantwortung sehr gross ist, die man trägt. In der Regel suche ich den Fehler bei mir und ich bin es gewohnt daraus zu lernen. So geht es mir auch in der Politik.

Evelyn: Beide seid ihr in eurer politischen Karriere und Arbeit in Parlamenten und Kommissionen tätig. Wir wissen, die Arbeit in den rechtslegenden Gefässen hat euch gefallen und ihr habt Erfolge verzeichnen können. Die Arbeit als Regierungsrat aber ist ein Exekutivamt. Das bedingt einen gewissen Rollen- und Perspektivewechsel. Was erwartet euch? Oder besser, wie stellt ihr euch das vor?

Susanne: eine Regierungsrätin muss eigentlich 3 Funktionen wahrnehmen: 1. In der Arbeit im Kollegium als linke Vertreterin bei der Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen und jener, welche in die Kompetenz der Regierung liegen. Zudem muss man auch Entscheidungen der Mehrheit mittragen, auch wenn einem diese nicht gefallen. Diese Rolle kenne ich bereits als Präsidentin der FIKO während vier Jahren. 2. Die Leitung des Departements, inklusive aller damit verbundenen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, Zielformulierungen gemeinsam mit den Mitarbeitenden. 3. Die repräsentative Funktion gegen aussen.

Philipp: die Regierung muss umsetzen, mit allen vorhandenen Spielräumen und im Rahmen der Gesetze. Als Departementsvorsteher hat man auch einen Gestaltungsspielraum, dies im Gegensatz zur Legislative. Man kann Pflöcke einschlagen und ich denke da kommt zum Vorschein, wo jemand politisch zu Hause ist.

Evelyn: Ich weiss, beide könnte ihr euch die Arbeit in allen Departementen vorstellen. Trotzdem die Gretchenfrage: Wenn ihr nun frei wählen könntet, carte blanche sozusagen: Wo schlägt euer Herz am heftigsten und wieso?

Philipp: Grundsätzlich muss man für jedes Departement parat sein. Aber selbstverständlich gibt es Themen, in denen man mehr Wissen hat als in anderen, weil man sich mit diesen intensiv auseinandergesetzt hat. Diesbezüglich ist liegt mir der öffentliche Verkehr als SEV-Gewerkschafter sehr am Herzen. Im Volkswirtschaftsdepartement von Esther Gassler gäbe es gestalterisch auch grossen Spielraum. Es braucht Impulse und da denke ich ist mehr möglich. Und zu guter Letzt hat für mich auch das Sozialdepartement seinen Reiz.



Susanne: als Regierungsrätin kann ich das Departement nicht aussuchen und ich stehe bereit für jedes. In der Vergangenheit habe ich mich viel mit den Finanzen beschäftigt, dies wäre sicher spannend. In den Themen um Gesundheit und Soziales habe ich mich ebenfalls engagiert. Dies wäre ein grosses und spannendes Departement. Im Übrigen arbeite ich gerne viel. Sollte ich jedoch auswählen dürfen, wäre für mich das Bau- und Justizdepartement am nächsten. Zwar nicht wegen der Justiz, sondern des Baus wegen. Die Raumplanung hat mich schon als junger Mensch beschäftigt. Mein Vater war Landwirt und beim Bau des AKW in Gösgen hat man durch sein schönstes Landwirtschaftsland die Zufahrtsstrassen gebaut. So wusste ich auch schon früh was die Arbeit eines Anwalts ausmacht, denn ein solcher war oft bei uns zu Hause und so lernte ich schon früh die Begriffe in der Raumplanung kennen. In diesem Bereich gibt es einen grossen Handlungsbedarf. Mit 25 Jahren sass ich in der Planungskommission in Däniken, um mich herum lauter Landwirte und ich sagte denen, wir hätten viel zu viel Bauland. Da meinten diese, wie ich dazu käme als Bauertochter kein Land verkaufen zu

wollen. Mein Vater hat sein Land nicht verkauft und auszonen lassen, während viele andere mit dem Verkauf von teurem Industrieland ihr grosses Geld machten. Diese Zeit hat mich sehr geprägt und bin heute noch der Meinung, dass man Landwirtschaftsland schützen muss.

Evelyn: Die regierungsrätliche Arbeit braucht Geld. Wenn ein Regierungsrat, eine Regierungsrätin ihre Aufgaben, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Menschen im Kanton und in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen erfüllen will, benötigt sie finanzielle Mittel. Ein knappes Gut. Kein Budget in den letzten Jahren, fast hätte ich gesagt Jahrzehnten, das nicht durch Sparmassnahmen gezeichnet und entsprechend gekürzt worden wäre. Und trotzdem kommen von rechter Seite laufend Forderungen nach Erlassen für Gewerbe, für Firmen, für Vermögen. Im Februar nächsten Jahres steht uns die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III bevor. Damit sollen auch einige Steuerprivilegien fallen – das ist doch in unserem Sinn?

Susanne: Finanzen sind natürlich schon mein Gebiet und ich würde das Finanzdepartement auch nie ablehnen. Die USR III wurde mit dem Zweck geschaffen, dass alle Firmen gleich besteuert werden. Dazu hätte auch die SP ja gesagt. Dabei ist es aber nicht geblieben, wie wir heute wissen. Die Steuerausfälle für die Gemeinden und Kantone brächten diese in arge Nöte. Das will die SP nicht, auch die zinsbereinigte Gewinnsteuer und noch weitere unnötige Zückerchen nicht und hat deshalb das Referendum ergriffen. Man muss auch sehen, das Parlament hat keinerlei Kompensationen zu den Milliarden schweren Steuer Verlusten beschlossen. Deshalb zurück an den Absender.

Philipp: ich war 10 Jahre FIKO-Präsident in der Gemeinde Gerlafingen, war als Kantonsrat in der FIKO und jetzt bin ich Delegationsleiter in der FIKO des Nationalrates. Es ist wirklich so, im Moment haben wir viele Vorlagen, welche sich einnahmenseitig negativ auswirken. Von einer Exekutive erwarte ich, dass sie sich den Leistungskatalog erarbeitet und dann die Überlegungen anstellt, wie diese zu finanzieren sind. Hat man sich geeinigt, beginnt die Gestaltung. Privat habe ich ein Budget für die Ferien, diese kann ich jedoch gestalten wie ich will, geh ich wandern oder mache ich Ferien in Übersee. Was jetzt passiert, unter bürgerlicher Herrschaft, ist antisozialdemokratische Politik par Excellence: den Reichen wird gegeben und allen anderen genommen. In solchen Zeiten muss die Regierung hinstehen und zu den von den Bürgerinnen und Bürger definierten Leistungen stehen, diese verteidigen und versuchen die notwendigen Mittel zu beschaffen. Der Spielraum ist vorhanden und ich bin dagegen, wenn man sich mit Schuldenbremsen selbst knebelt.

Evelyn: Und noch eine Frage zu den finanziellen Mitteln: Wir haben vor dieser Vorstellung für die Nomination für den Regierungsratswahlkampf über die Abstimmung zum Atomausstieg die Ja-Parole gefasst. Atomkraftwerke bzw. deren Betreiber stehen zwar unter Bundesrecht aber trotzdem erzielt der Kanton oder zumindest die Standortgemeinde daraus Gewinne und damit auch der Kanton. Also warum abschalten, wenn damit doch weiterer Verlust generiert wird?

Philipp: es ist schlichtweg unverantwortlich AKW's zu betreiben. Hinzu kommt, dass diese technologisch und baulich z.T. überaltert sind. Die Gefahr einer Katastrophe ist vorhanden. Hinzu kommt die Produktion des Atommülls, welcher nicht lagerbar ist und die Menschheit noch über tausende von Jahren beschäftigen wird. Ich hab' mir die Freiheit genommen und einer Führung von der NAGRA betreffend Lagerung radioaktiver Abfälle teilgenommen. Da steht man von hunderten von Problemen, nicht mal eines davon ist gelöst. Mit dem heutigen Wissen ist bekannt, dass man damit erst gar nie hätte beginnen sollen. Das finanzielle Fiasko wird riesig gross sein. Deshalb subito abstellen.

Susanne: Philipp hat schon viel gesagt, das teile ich. Die Gewinne sind eigentlich immer noch gleich hoch, jedoch sind die Kosten für die Abnehmer sehr teuer geworden,

wie z.B für die Alpiq. Diese verdient am Atomstrom gar nichts mehr, es ist ein grosses Verlustgeschäft.

Evelyn: dann wechseln wir zum Gesundheitswesen. Vor kurzem habe ich lesen können, dass die Solothurner Spitäler AG den Standort Dornach ausbauen wird. Was mich als «ennet am Berg deheim» natürlich freut. Das Parlament aber hat diese Investition bzw. diese Ankündigung gerügt. Als Regierungsrätin, als Regierungsrat wäret ihr Mitglied des Verwaltungsrates. Was sagt ihr dazu?

Susanne: als Regierungsrätin wäre ich Mitglied des Verwaltungsrates der SoH. Als Aktionär wählt dieser den Verwaltungsrat. Als Eigentümer der Bauten besteht jedoch noch einen Konflikt. Mit der Übertragung der Immobilien an die SoH sollte dieser überwunden sein. Aus diesem Grund fühlte sich das Parlament übergangen. Im Grunde genommen hat der Kanton, dank unseren SP-Regierungsräten in der Spitallandschaft ganz gut da. Es gibt ein Spital mit verschiedenen Standorten, welche sehr effizient arbeiten. Dornach gehört zu dieser Planung und deshalb wird da auch investiert.

Philipp: Auslagerungen stehe ich grundsätzlich skeptisch gegenüber. Nun haben wir diese AG und es gilt das Beste daraus zu machen. Und wir müssen schauen, dass wir den Service public nicht gefährden, sei dies im Spitalwesen, bei der Post, im öV usw. Der Versorgungsauftrag muss also dezentral sein und bleiben, erst recht in einem Kanton der Regionen.



Evelyn: Wir bleiben bei der Gesundheit und ihren Kosten: Die Prämien der Krankenversicherung (ihr wisst ein wahres Lieblingsthema von mir) steigen erneut. Im Kanton Solothurn 5,8 % etwa 1, 3 % mehr als im Durchschnitt der Schweizer Kantone. Was läuft hier schief? Und was ist zu tun?

Philipp: was kantonal falsch laufen sollte, kann ich nicht beurteilen. Ich denke, dass die Kantone auch keinen grossen Einfluss auf die effektiven Prämien haben, das ist eher national zu lösen. Da stehen wir jedoch vor einem weiteren Problem. In Bern ist die Lobby für Krankenkassen und Pharma derart stark, dass wirksame Lösungen schier unmöglich werden lassen. Grosse Kosteneinsparungen wären bei den Medikamenten

möglich. Wir sind jedoch in der Minderheit und können deshalb wirksame Lösungen nicht im Alleingang durchbringen, deshalb muss die SP schauen, dass für die Menschen die Prämien noch tragbar bleiben, indem sie in Form von Prämienverbilligungen deutlich entlastet werden. Wenn Kosten gesenkt werden, darf dies nicht zu Lasten von Leistungen geschehen. Eine Zweiklassengesellschaft in der Gesundheitsversorgung muss auf jeden Fall verhindert werden.

Susanne: Das Problem ist sehr komplex, denn da prallen ganz viele Interessen aufeinander. Als Anwältin von Menschen mit kleinen Einkommen und Arbeitsausfällen bei Krankheit sehe ich diese Probleme tagtäglich. Fakt ist, es gibt viel zu wenige Hausärzte, welche vor Ort gute und kostengünstigere Behandlungen anbieten. Da könnte der Kanton aktiv werden. In der Spitalpolitik hat der Kanton Solothurn seine Aufgaben gemacht, aber viele andere Kantone leider noch nicht.

Evelyn: Wir sehen zurzeit über den grossen Teich auf die Ausmarchung der Amerikaner für ihren neuen Präsidenten, ihre neue Präsidentin. Ein zuweilen eher unfeines Spektakel. In der Diskussion hört frau dann zuweilen, das wäre bei uns kaum möglich. Und doch schwappt die Empörung über Herrn Trumps Stil (aber auch Frau Clinton weisst nicht nur eine weisse West vor) über den Ozean. Ist das so? Dazu ein paar Schlagzeilen: "Persönliche Betroffenheit, grosse Weltpolitik, Giftpfeile ins gegnerische Lager." (SZ/GT 22.09.2016) Wie viel Donald Trump steckt in der Schweiz? (Schweiz am Sonntag 16.10.2016) "Der Zoff um die Kollegialität" (SZ/OT Freitag 17.0.2016) "SVP-Fraktion verlässt erbost den Saal." (von Sven Altermatt). Braucht Solothurn eine Stildebatte?

Susanne: ich glaube nicht. Der Umgang in Solothurn empfinde ich in der Politik sehr fair und stilgerecht. Dass die SVP-Fraktion den Saal verlassen hat, war wohl eher einmalig. Wir können uns nicht mit Amerika vergleichen. Dort geht es alle 4 oder 8 Jahre um alles, dann haben die Menschen jahrelang wieder nichts mehr zu sagen. Clinton wird mit Obama verglichen, Obama konnte nicht alles Versprochene verwirklichen, weil ihm das Parlament die Zustimmung verweigerte. In der Schweiz ist das so in dieser Form gar nicht möglich, weil man für fast alles einen Kompromiss suchen muss. Aber wo wir uns noch verbessern können, ist sicher in der Sprache gegenüber der Bevölkerung. Diese muss einfacher werden und man muss sie verstehen.

Philipp: für die kantonale Ebene teile ich die Meinung von Susanne. Auf nationaler Ebene hat sich der Ton verschärft, ganz klar. Wenn eine Partei in diesem Land gerade mal zwei Themen derart polemisch und menschenverachtend bewirtschaftet, dann ist das neu und eine Stildebatte wäre angebracht. Zumal gar keine Lösungen angestrebt werden, sondern nur um eine Problembewirtschaftung und diesen auch noch derart grossen Zuspruch erhält. Diese Entwicklung erachte ich als problematisch und sehr unschweizerisch. Und alles dürfen und wollen wir uns nicht gefallen lassen.

Evelyn: gibt es Fragen an die Kandidierenden?

Marc Häsler: ich möchte keine Frage stellen, aber ein Statement abgeben. Wir stehen vor der folgenden Situation. Wir müssen zwischen zwei Kandidierenden entscheiden. Beide haben überzeugt und beide sind wählbar. Und wir wollen, dass wir den SP-Sitz in der Regierung halten können. Die Partei hat sich für eine Einerkandidatur entschieden. So gesehen ist eine Wahl schon im 1. Wahlgang möglich. Bei den Qualitäten sehe ich keine Unterschiede, es zählen jetzt andere Faktoren. Das Geschlecht ist mir persönlich egal, es muss eine gute Sozialdemokratin/einen guten Sozialdemokraten sein und gut gewählt werden, sprich im Volk gut ankommen. Susanne kommt aus dem unteren Kantonsteil, aus dem Kantonsteil mit zwei Vakanzen (Esther Gassler, FDP und Peter Gomm, SP treten nicht mehr an). Das ist ein wichtiger Faktor. Dann, die meisten WählerInnen sind eben nicht parteiisch, sondern wählen als Sympathisierende einer Person. Diese fühlen sich viel freier als Parteimitglieder. Vor diesen Hintergründen hat Susanne

Schaffner die besseren Wahlchancen. Philipp Hadorn macht im Nationalrat gute SP-Arbeit, man braucht ihn dort. Bei den nächsten Wahlen 2019 ist es wichtig einen Bishe- rigen zu haben. Die Pläne von Bea Heim sind noch nicht bekannt, aber ich gehe da- von aus, dass dann auch eine neue Person die Wahl schaffen könnte. Zudem mag es das Volk nicht, wenn gewählte Politiker/innen immer wieder ein neues Amt anstreben. In diesem Sinn empfehle ich euch Susanne Schaffner, denn wir müssen eine Wahl tref- fen. Danke.

Name nicht bekannt (Delegierte): Für mich ist die Wahl klar, Susanne – weil sie eine Frau ist. Eine Frau politisiert anders, hat andere Qualitäten und Eigenschaften. Jetzt ist die Frau dran. Ich bitte alle ganz eindringlich Susanne zu nominieren.

Keine weiteren Fragen/Statements.

Evelyn: so komme ich zu meiner Schlussfrage: Philipp Hadorn: Du bist gewählter Regie- rungsrat. In vier Jahren stellst du dich erneut zur Wahl. Wie sieht "dein" Kanton Solothurn dannzumal aus?

Philipp: es wäre spür- sichtbar, dass in Solothurn weiterhin Sozialdemokratische Politik in die Regierung einfließt und umgesetzt wird, untermauert mit einer starken Fraktion im Kantonsrat. Ich wünsche mir, dass es uns weiterhin gelingt, dass die Menschen, wel- che weniger auf der Sonnenseite stehen, mitgenommen werden können und laufend ein besseres Leben ermöglicht werden.

Evelyn, Susanne Schaffner, du bist gewählte Regierungsrätin. In 100 Tagen gibst du dein erstes grosses Interview. Was werden wir von dir hören?

Susanne: ich werde mich in dem mir zugeteilten Departement eingelebt, Akzente ge- setzt haben und mein Einfluss spürbar ist. Mit Sicherheit werde ich sagen können, dass ich das Amt mit grosser Freude ausführe.

Evelyn Borer gibt das Wort an die Parteipräsidentin Franziska Roth. (langer Applaus)

Franziska Roth: vielen Dank an Evelyn, Susanne und Philipp.
Ich bitte Thomas Flückiger das Vorgehen der Wahl kurz zu erläutern.

Thomas Flückiger: Es sind 122 Personen stimmberechtigt. Das Reglement schreibt eine geheime Wahl vor. Die violetten Wahlzettel werden von den Mitgliedern des Wahlbü- ros soeben verteilt. Stimmen können nur für gültig erklärt werden, wenn Susanne Schaffner oder Philipp Hadorn drauf steh, andere Namen wären ungültig. Nicht leser- liche Namen sind ebenfalls ungültig. Nominiert ist, wer die absolute Mehrheit erreicht. Weil die leeren und ungültigen Stimmen für die Berechnung des absoluten Mehrs nicht zählen, ist eine Entscheidung bereits im 1. Wahlgang möglich.

Franziska Roth: die Stimmenzähler (Wahlbüro) sind am Auszählen. Angesichts der fort- geschrittenen Zeit, bitte ich um Vorzug des Traktandums «Varia».

- Bitte Wahlvorschlag für die Regierungswahlen unterzeichnen (je 1 Unterschrift)
- Bitte Talon für die KR-Wahlen (Basiskampagne) ausfüllen und abgeben
- Am Samstag findet zu Gunsten der Gassenküche das Röstessen statt, bitte kommt!
- Transparenzinitiative unterzeichnen.
- Abstimmungsmaterial mitnehmen.
- Nächstes Aktuell aus Bern findet am 1. Dezember in Rechterswil statt

Keine weiteren Wortmeldungen

Ergebnis der Wahl: (Thomas Flückiger, Präsident Wahlbüro)

Ausgeteilte Wahlzettel:	122
Eingegangene Wahlzettel:	122
Leere Wahlzettel:	0
Ungültige Wahlzettel:	0
Absolutes Mehr:	62

Stimmen haben erhalten:	Susanne Schaffner: 103 Stimmen
	Philipp Hadorn: 19 Stimmen

Beschluss: Nominiert als Regierungsratskandidatin für die SP ist Susanne Schaffner. (langer Applaus)



Susanne Schaffner: liebe Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Über die Nominierung freue ich mich sehr, vielen Dank. Danken möchte ich ganz herzlich Philipp Hadorn für die faire Ausmarchung. Danken möchte ich auch Evelyn für die Gesprächsführung und der Parteileitung für die gute Organisation des ganzen Prozedere.

Auf den Wahlkampf freue ich mich sehr, aber es wird nicht einfach werden den Sitz in der Regierung zu verteidigen. Es braucht die Unterstützung von Euch allen und es freut mich ganz besonders, dass heute so viele Personen anwesend sind. Dies ist ein Zeichen, dass die SP lebt und ich bin überzeugt, dass die SP mit mir diesen Sitz verteidigt. Übrigens wäre ich die erste SP-Frau seit 100 Jahren. (Applaus)

Philipp Hadorn: ich gratuliere Susanne für dieses klare Resultat, danke für die Stimme und für die Unterstützung. Nun ist es wichtig, dass wir vereint in diesen Wahlkampf zie-

hen, damit wir als Sozialdemokratische Partei stark bleiben und diesen Wahlkampf gewinnen. Ich wünsche dir Susanne alles Gute, mag dir den Erfolg von Herzen gönnen und ich freue mich für dich. (langer Applaus)

Franziska Roth: Vielen Dank auch an Philipp für sein faires Statement

Es werden Geschenke verteilt für Referenten und Kandidierende.

8. **Varia**

Franziska Roth:

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 4. Januar 2017

